

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 1

Artikel: Die heutige Bedeutung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung :
das Recht auf Leben und das System der Grundrechte des Menschen ;
Die Gefahren für das Recht auf Leben
Autor: Shibata, Shingo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142524>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die heutige Bedeutung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung

Von Prof. Shingo SHIBATA, Tokyo

Das Recht auf Leben
und das System der Grundrechte des Menschen

Am 4. Juli 1976 werden die Amerikaner den zweihundertsten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika begehen. An diesem Tag werden zweihundert Jahre vergangen sein, seit sich die «Neue Welt» Amerika von den unerhört grausamen englischen Kolonialisten unauhängig machte und dies vor aller Welt durch eine Erklärung bekundete, in der es heißt:

«Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten; daß, wenn immer irgendeine Regierungsform sich als diesen Zielen abträglich erweist, es das Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solchen Grundsätzen aufzubauen und ihre Gewalten in der Form zu organisieren, wie es ihm zur Gewährleistung seiner Sicherheit und seines Glücks geboten zu sein scheint.»

Dieser Satz aus der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung stellt das Kernstück der modernen Demokratie dar und ist zudem auch in gedanklicher Hinsicht von außerordentlich großer Bedeutung. Was bedeutet die Feststellung, daß alle Menschen von Geburt gleich sind? Sie bedeutet, daß alle Menschen ungeachtet des Geschlechts, der Nationalität, der Hautfarbe, der Zugehörigkeit zu einer Klasse oder Schicht, der Herkunft usw. gleich sind, daß es zwischen ihnen keine angeborene Über- oder Unterlegenheit der Persönlichkeit gibt. Das wiederum besagt, daß alle Menschen gleichermaßen die Fähigkeit der sinnlichen Wahrnehmung haben, vernunftbegabt sind, die Fähigkeit der Empfindung besitzen und folglich auch gleichermaßen imstande sind, philosophisch und wissenschaftlich zu denken und eine künstlerische Tätigkeit auszuüben. Wenn es dennoch Ungleichheit in den Fähigkeiten der Menschen gibt, so ist das eine nachträglich entstandene, künstlich hervorgerufene, gesellschaftlich bedingte Ungleichheit. Wie Adam Ferguson betonte, sind es nicht die Unterschiede in den Fähigkeiten, die

zur Arbeitsteilung führten, diese **entstanden** vielmehr durch die Arbeitsteilung (und durch die Unterschiede in der Erziehung). So ergab sich aus dem Gedanken, daß alle Menschen von Geburt gleich sind, die Überlegung, daß die Menschen kämpfen müssen, um das gesellschaftliche System, das solche Ungleichheit wie Arbeitsteilung oder Unterschiede in der Erziehung hervorbringt, zu beseitigen.

Es ist wichtig, festzuhalten, daß Thomas Jefferson, der die amerikanische Unabhängigkeitserklärung konzipierte, unter der Voraussetzung der Gleichheit aller Menschen zu ihren unveräußerlichen Rechten an erster Stelle das Recht auf Leben zählt, dann erst die Freiheit und das Streben nach Glück. In der Tat ist das Leben für den Menschen das Wertvollste, haben alle Rechte, alle Werte ohne das Leben für ihn keinen Sinn. Das Leben ist dem Menschen nur einmal gegeben, und er hat das Recht, es sinnvoll zu leben. Wie sollte das zu leugnen sein! Fände sich jemand, der dennoch glaubte, dies leugnen zu können, müßte er auf Grund der eigenen Theorie auch die Möglichkeit anerkennen, daß ihm sein Recht auf Leben streitig gemacht wird, und könnte er demzufolge auch nicht auf der Allgemeingültigkeit seiner Behauptung bestehen. Mit anderen Worten: Dem Menschen muß zuerst das Recht auf Leben garantiert sein; erst unter dieser Voraussetzung kann er nach Freiheit und Glück streben.

Die Gleichheit aller Menschen und das ihnen gemeinsame Recht auf Leben darf nicht dazu führen, daß dieses Recht auf Leben sowie das Recht auf Freiheit und das des Strebens nach Glück miteinander kollidieren. Von seinem Recht auf Leben darf jeder Mensch nur insoweit Gebrauch machen, als er damit nicht auf Kosten des Rechts auf Leben anderer handelt. Er darf, um es positiv auszudrücken, sein Recht auf Leben in dem Maße verfolgen, wie er dadurch zur Gleichheit aller Menschen, die wie er nach diesem Recht trachten, beiträgt und die Ungleichheit nicht fördert. Deshalb muß die Ausübung des Rechts auf Leben aller Menschen reguliert werden, und diese Regulierung entspricht der Funktion, die ursprünglich von der Politik erwartet wird. Die Politik ist ja keineswegs Selbstzweck, sondern nichts anderes als das Mittel, da Recht auf Leben aller Menschen sowie ihr Recht auf Freiheit und ihr Recht auf Streben nach Glück zu gewährleisten. Wenn die Politik aufgehört hat, dieses Mittel zu sein, ändert sich dadurch nichts an den unveräußerlichen Rechten des Menschen, sondern muß vielmehr die Politik geändert werden. All dies macht deutlich, daß die vor zweihundert Jahren verkündete amerikanische Unabhängigkeitserklärung von hervorragender aktueller Bedeutung ist.

Das in der Reihe der unveräußerlichen Rechte des Menschen zuoberst rangierende Recht auf Leben und nach ihm auch das Recht auf Freiheit und das Recht auf Streben nach Glück sind jedoch keine

abstrakt-außergeschichtlichen Rechte; sie haben die Form konkret-historischer Rechte.

(Der Darstellung Prof. Shibatas entnommener gekürzter Passus):

«Es ist dies das Recht auf Arbeit für Mann und Frau. Einzuschließen ist das Recht auf geistige Arbeit und eine Ausbildung, die den Menschen dazu befähigt. Freie Berufswahl wird nur ermöglicht durch eine auf allseitige Entfaltung gerichtete Ausbildung. Zum Recht auf Arbeit auch das Recht, sich gegen Ausbeutung zu wehren, das heißt das Recht auf kollektive Aktion und Sozialfürsorge.

Dies sind alles Fragen, die sich vom Recht auf Leben, sowie vom Recht auf Streben nach Freiheit und Glück herleiten. Wenn eine Regierung diese Rechte mit Füßen tritt — wenn eine lange Reihe von Mißständen und Übergriffen ... die Absicht erkennen läßt, die Menschen absolutem Despotismus zu unterwerfen, 'so ist es (laut amerikanischer Unabhängigkeitserklärung) **ihr Recht und Bürger-Pflicht**, eine solche Regierung zu beseitigen und neue Wächter für ihre künftige Sicherheit zu bestellen'.

Anerkennung und Behauptung des Rechts auf Revolution sind auch ein Kernstück der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Dort heißt es weiter: 'Wenn es im Zuge der Menschheitsentwicklung für ein Volk notwendig wird, die politischen Bande zu lösen, die es mit einem anderen Volk verknüpft haben, und unter den Mächten der Erde den selbständigen und gleichberechtigten Rang einzunehmen, zu dem Naturrecht und göttliches Gesetz es berechtigen, erfordert eine geziemende Rücksichtnahme auf die Meinung der Menschheit, daß es die Gründe darlegt, die es zu dieser Trennung veranlassen'.

Damit wird zweifellos das Recht der Völker auf Unabhängigkeit und Gleichberechtigung bekräftigt. Das heißt, daß nicht nur alle Menschen, alle Individuen, sondern auch alle Völker Subjekt der Menschenrechte sind.'

Der menschenfreundlichen Erklärung der ersten amerikanischen Regierung stellt Professor Shibata die Wirklichkeit von 1976 gegenüber. Als Angehöriger einer Nation, die Amerika heute, praktisch gesprochen, auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert ist, empfindet er die Unabhängigkeitsfeiern in USA mit ihrer verlogenen Rhetorik als Verhöhnung des Begriffes der Menschenrechte und hofft, daß sein Volk nach dem Beispiel Vietnams die Unabhängigkeitserklärung von 1776 als Ausgangspunkt für die Bekämpfung des Imperialismus benütze, um das Leben der Menschheit und sich selbst zu schützen.

Die Gefahren für das Recht auf Leben

Die ernste Realität, mit der wir heute konfrontiert sind, stellt einen derart dringlichen Ausnahmezustand dar, daß sie uns nicht die Muße

läßt, vom künftigen «Reich der Freiheit» zu sprechen. Denn wir sehen uns der ungeheuren Gefahr gegenüber, daß die Menschheit und mit ihr auch das ganze japanische Volk, lange bevor dieses «Reich der Freiheit» verwirklicht werden kann, vernichtet werden könnte. Die unmittelbare und schwerste Verletzung des grundlegendsten Menschenrechts, des Rechts auf Leben, ist zweifellos der Mord. Wird er von einem einzelnen persönlich begangen, gilt er auf Grund des Strafrechts als schwerstes Verbrechen und wird mit schweren Strafen geahndet. Geschieht der Mord aber im Namen des «Staates», so nennt man das «Krieg», und jene, die in den Kampf geschickt wurden, bedachte der «Staat» mit umso höherer Ehre und Auszeichnung, je mehr «Feinde» sie töteten. Im Krieg wurden nicht nur «Feinde», sondern auch «Freunde» getötet, doch die herrschende Klasse fragte nicht einmal danach, wieviele dieser «Freunde» umkamen. Nach der Devise «Erfolg verlangt Opfer» traten nicht nur Generäle, sondern auch Monopolisten und hohe Beamte das Recht auf Leben unzähliger Menschen — ob «Feind »oder «Freund» — mit Füßen und verschafften sich dadurch unermesslichen Reichtum und Ansehen. Die zahlreichen Kriege der Geschichte waren in der Tat nichts anderes als persönlich verübter Massenmord*. Es gibt keine größere Verletzung des Rechts auf Leben des eigenen Volkes und anderer Völker als die Führung eines Aggressionskrieges. Deshalb kann es auch keine größere Gewalttat, keinen schlimmeren Willkürakt und kein roheres Verbrechen geben als das eigenmächtige Herbeiführen eines Krieges durch jene, die die Macht innehaben. Aus diesem Grunde hatte Lincoln seinerzeit den scharfen Vorwurf erhoben, daß es von allen Arten der Unterdrückung die schlimmste sei, wenn der Präsident ohne Absprache mit dem Parlament eigenmächtig einen Krieg beginnt².

Die Geschichte hat seit der Zeit Lincolns große Fortschritte gemacht; doch sieht es heute so aus, daß der amerikanische Präsident über die gewaltige diktatorische Macht verfügt, eigenmächtig Kriege auszulösen und vor allem durch die Entwicklung von Atomwaffen das Recht auf Leben von Zehntausenden, Hunderttausenden, ja sogar von Millionen und Milliarden von Menschen in einem Augenblick zunichte

* Das trifft auf nationale Befreiungskriege und Kriege zur Verteidigung des Sozialismus nicht zu, denn hier mußte eine unterdrückte Nation bzw. das Volk eines sozialistischen Landes, die überfallen wurden, notgedrungen von ihrem Recht auf Widerstand, ihrem Recht auf Revolution Gebrauch machen, um dem Völkermord zu entgehen und ihr Recht auf Leben zu wahren.

2 1848, als durch den damaligen amerikanischen Präsidenten unter Bruch der Verfassung der Krieg gegen Mexiko begonnen wurde, verurteilte Lincoln, der damals Abgeordneter war, dieses Vorgehen auf das Schärfste und warf dem Präsidenten vor, er nehme damit die gleiche Stellung ein wie ein Monarch.

zu machen. Wer will da behaupten, die Möglichkeit der Vernichtung der gesamten Menschheit sei ausgeschlossen! Eine solche Behauptung mag als Wunschvorstellung tröstlich ein, doch müssen wir uns hier vergegenwärtigen, daß es diese **Möglichkeit in der Realität bereits gegeben hat** und daß die an dieser politischen Entscheidung Beteiligten dies auch selbst bezeugen. Das dramatischste Beispiel dafür ist das Verhalten von Präsident Kennedy während der Kuba-Krise 1962. Über diesen Vorgang in all seiner grauerregenden Bedeutung berichtet auch Robert Kennedy, der Bruder des Präsidenten und damaliger Justizminister.

Präsident Kennedy hatte die Sowjetunion zum einseitigen Abzug ihrer Raketen aus Kuba innerhalb von vierundzwanzig Stunden aufgefordert und mitgeteilt, daß Amerika die Basen andernfalls bombardieren und zerstören würde. Daß diese Entscheidung, falls sie ausgeführt würde, zum Dritten Weltkrieg und der Vernichtung der Menschheit führte, war für den **Präsidenten selbst absehbar**. Dennoch glaubte er, diese Entscheidung fällen zu müssen. Zwar hatte er, wie Robert Kennedy berichtet, die «Hoffnung», daß die Sowjetunion auf seine letzte Mitteilung eingehen werde, doch war dies keineswegs auch «absehbar». «Absehbar war die militärische Konfrontation», schreibt Robert Kennedy. Er schildert, mit welchen Gedanken der Präsident der Vernichtung der Menschheit entgegensah:

«Der Gedanke, der ihn am meisten beunruhigte und der die Aussicht auf Krieg viel schrecklicher machte, als sie andernfalls gewesen wäre, war die Aussicht auf den Tod der Kinder dieses Landes und der ganzen Welt — der jungen Menschen, die keine Rolle spielten, die nichts zu sagen hatten, die sogar nichts von der Konfrontation wußten, deren Leben aber ebenso wie das jedes anderen ausgelöscht werden würde.»³

Glücklicherweise wurde die Gefahr der Vernichtung der Menschheit damals gebannt, da die Sowjetunion ihre Raketen zurückzog⁴, doch war

3 R. Kennedy: Dreizehn Tage. 1974, Verlag Darmstädter Blätter. Dieser rückblickende Bericht trug bei seinem ersten Erscheinen in einer amerikanischen Zeitschrift den Titel «The Story About How the World Almost Ended». Der Bericht ist eines der wichtigsten Materialien, um zu untersuchen, wie ein Atomkrieg entstehen und wie es zur Vernichtung der Menschheit kommen kann, von welchen Überlegungen und Handlungen die dafür verantwortlichen Kriegsverbrecher sich leiten lassen. — Mit der Kuba-Krise befaßt sich auch John Somerville in seinem Buch «Durchbruch zum Frieden» (1973, Verlag Darmstädter Blätter). Darauf stützt sich die hier gegebene zusammenfassende Darstellung der Kuba-Krise.

4 Der Abzug der Raketen war zu jenem Zeitpunkt der Krise richtig. Ob aber für Chruschtschow ursprünglich überhaupt die Notwendigkeit bestand, Raketen auf Kuba zu stationieren, ob — als er sie zurückzog — dies nicht eine

damit die Gefahr eines weltweiten Atomkrieges, die Gefahr der Vernichtung der Menschheit für die kommende Zeit nicht beseitigt. Als Nixon im Mai 1972 die gesamte Küste der DRV* verminen ließ, drohte er die Versenkung sowjetischer Schiffe an, falls diese — wie es ihnen völkerrechtlich zusteht — den Hafen von Haiphong anlaufen sollten. Während des vierten Nahostkrieges im Oktober 1973 hatte Nixon den US-Truppen in allen Gebieten der Erde die Alarmstufe für den Fall des Atomkrieges gegen die Sowjetunion befohlen. Am 2. November 1974 warnte Senator Fulbright, daß im Nahen Osten ein Atomkrieg drohe und daraus ein amerikanisch-sowjetischer Atomkrieg entstehen könne. Wenn sogar der «kultivierte» Kennedy die Menschheit an den Rand des Abgrunds der Vernichtung der Menschheit brachte, welche Garantien gibt es dann dafür, daß Präsident Ford, der Nixons rechte Hand war, als dieser mit der Aggression gegen Vietnam eigenmächtig zur Gewalt griff, nicht ebenso wie vor ihm Truman, Eisenhower, Kennedy, Johnson und Nixon eigenmächtig einen Krieg auslösen und die Gefahr der Vernichtung der Menschheit heraufbeschwören wird.

Auch wenn es gegenwärtig nicht zu einem Atomkrieg kommen sollte, geht die Produktion, die Lagerung, die Anhäufung und die Erprobung von Kernwaffen unabhängig weiter und arbeitet man beständig an der «Verbesserung» der «Leistungsfähigkeit» dieser Waffen. Wie der amerikanische Senator Symington vor der UNO aussagte, beläuft sich der amerikanische Bestand an Kernwaffen, umgerechnet auf die Sprengkraft der Hiroshimabombe, bereits auf mehr als 610 000. Die Sowjetunion verfügt wahrscheinlich ebenfalls über einige hunderttausend Kernwaffen dieser Stärke, und England, Frankreich und China wetteifern miteinander in der Entwicklung eigener Kernwaffen. Wie lange soll diese Konkurrenz der Vergeudung von Mitteln, die eine Gefahr von noch nie dagewesenem Ausmaß darstellt, noch dauern?

Ist es — solange diese Konkurrenz anhält — nicht nur zu verständlich, in ihr ein beständiges Anwachsen der Gefahr der Vernichtung der Menschheit zu sehen? Als Thomas Jefferson die amerikanische Unabhängigkeitserklärung konzipierte, bekräftigte er das Recht auf Leben des Einzelnen, des Individuums. Wir dagegen befinden uns heute in der Lage, daß das Recht auf Leben der ganzen Menschheit bedroht ist. Insofern gilt es festzustellen, daß wir heute einer noch nie dagewesenen Tyrannei, die über weit größere Gewalt verfügt als Nero, Dschingis Kan oder Hitler, unterworfen sind.

Mißachtung der Souveränität Kubas bedeutete —, diese und zahlreiche andere Fragen, die sich hinsichtlich der Kuba-Krise stellen, sind noch zu klären. Wir dürfen diese Krise nicht als irgendeinen Fall der Vergangenheit abtun, sondern müssen die Lehren aus ihr ziehen.

* DRV = Demokratische Republik Vietnam

In Anbetracht des Sicherheitsvertrags mit den USA gibt es für das japanische Volk nicht die geringste Garantie, daß es im Falle eines vom amerikanischen Präsidenten eigenmächtig ausgelösten Atomkriegs nicht automatisch — ohne zu begreifen, weshalb es eigentlich zum Krieg gekommen ist — in ihn verwickelt und in einem Augenblick vernichtet würde. In den Stützpunkten auf dem asiatischen Festland sollen bereits mehr als 3500 taktische Atomwaffen stationiert sein, und offizielle amerikanische Unterlagen lassen keinen Zweifel daran, daß Atomwaffen auch nach Japan gebracht worden sind. Schon das allein bringt entsetzliche Gefahren mit sich. Wie berichtet wird, gab es in den beiden Jahren 1969 und 1970 allein auf Okinawa insgesamt 91 Unfälle im Zusammenhang mit Kernwaffen, also durchschnittlich einen Unfall innerhalb von acht Tagene. Schon dieser Tatbestand ist grauenvoll genug. Ist darüber hinaus die Möglichkeit, daß der «äußerste Fall» eintritt, indem durch Zusammenstoß amerikanischer Atom-Unterseeboote (die große Menge von Kernwaffen tragen und zudem durch Atomreaktoren angetrieben werden) in der Bucht von Tokio radioaktive Stoffe freigesetzt werden, völlig auszuschließen? Und käme dieser Fall nicht einem Völkermord gleich, von dem Tokio und seine Umgebung betroffen würden? Dazu darf es niemals kommen. Dennoch kann niemand leugnen, daß der «äußerste Fall» durchaus eintreten könnte. Zahlreiche Zeugenaussagen bestätigen, wie stark die Geringschätzung ist, mit der die Amerikaner im allgemeinen und die amerikanischen Militärs wie auch all jene, die sich in zentralen amerikanischen Machtpositionen befinden, im besonderen anderen Rassen, Vietnamesen und Negern ebenso wie Japanern, begegnen⁵. Soll diesen herrschenden Kreisen der USA allen Ernstes die Gewährleistung der Sicherheit des japanischen Volkes anvertraut werden? Das Recht auf Leben auch des japanischen Volkes war noch nie so bedroht wie heute. In diesem Sinne gilt es festzustellen, daß das japanische Volk in seiner Geschichte noch nie so großer Unterdrückung und einem derartig antidemokratischen Zustand ausgesetzt war wie heute.

Die Politik der verschiedenen liberaldemokratischen Regierungen und des Monopolkapitals hat dazu geführt, daß die Landwirtschaft und der Kohlenbergbau Japans zerstört worden sind. Bei Getreide sank das Eigenaufkommen auf 43 Prozent, bei Energie auf 13,6 Prozent. Der amerikanische Imperialismus brauchte nur einen Finger zu rühren, schon wäre Japan einer ernststen Versorgungskrise ausgesetzt, würden Menschen Hungers sterben und wären die wichtigsten Industrien stillgelegt. Der «schleichende Massenmord» infolge der Umweltverschmut-

⁵ Siehe: Zeugenaussagen von Veteranen von Vietnam: U. S. Senate Congressional Record, April 6, 1971.

zung nimmt ein immer ernsteres Ausmaß an, der Anteil der durch Umweltverschmutzung Erkrankten nimmt rapid zu. Noch nie wurde das Recht auf Leben des japanischen Volkes so sehr mit Füßen getreten wie heute angesichts der Intensivierung der Ausbeutung und Expropriation, der Inflation von noch nicht dagewesenem Ausmaß, der plötzlichen Teuerung bei den lebensnotwendigen Artikeln, der Existenznot und anderen.

So betrachtet mutet die amerikanische Unabhängigkeitserklärung an, als sei sie für die Welt von heute, für das japanische Volk geschrieben. Heute, wo das Recht auf Leben für jeden einzelnen und zugleich für alle Völker, für die ganze Menschheit bedroht ist, liefert diese Erklärung die «unsterblichen Worte», die die Menschheit in ihrem Kampf gegen den größten Diktator und Tyrannen der Geschichte anleiten, diesem Kampf das Fundament geben.

Angesichts der bevorstehenden Feiern zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung klammerte sich Nixon, den Geist dieser Erklärung mißachtend, umso verzweifelter an die Macht. Seine Absicht konnte er nicht erreichen. Voraussichtlich wird es Ford, Nixons anderes Ich, sein, der 1976 als Veranstalter der Zweihundertjahrfeier auftreten wird. Wird der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung aber damit Genüge getan sein? Keineswegs. Es ist das vietnamesische Volk, das die «unsterblichen Worte» dieser Erklärung aufnahm, ihre Prinzipien in die Tat umsetzte und die amerikanischen Imperialisten bekämpfte. Genauso muß auch das japanische Volk bei der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung ansetzen, das Recht auf Leben für die ganze Menschheit und sich selbst schützen, sein Recht auf Revolution und seine Pflicht zur Revolution gegenüber dem größten Unterdrücker der Geschichte und seinen Helfershelfern wahrnehmen. Das ist die geeignetste Art und Weise, den zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zu begehen, und das ist zugleich auch die einzige Voraussetzung, die den Weg in das «Reich der Freiheit» garantiert.

Hintergründe der «Aufklärung» in den USA

Eine Botschaft des Nobelpreisträgers Prof. Dr. G. Wald

Ein vorherrschender Mythos unserer Zeit ist es, daß Regierungspolitik auf Information beruht — daß also eine Regierung, nachdem sie sich Gewißheit darüber verschafft hat, welche Politik das öffentliche Wohl am meisten fördert, diese Politik auch verfolgt. Dieser Glaube ist es auch, der den ständigen Ruf nach mehr Forschung nährt.